

204126-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten – Volkswohnung GmbH, VOB/A EU Verhandlungsverfahren mit TNW, Teilnahmewettbewerb, Generalübernehmerleistungen, Sanierung u. Erweiterung eines Wohn- u. Geschäftsgebäudes, 76133 Karlsruhe, Kronenstraße 24

OJ S 59/2026 25/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Volkswohnung GmbH

E-Mail: vergabe@volkswohnung.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Volkswohnung GmbH, VOB/A EU Verhandlungsverfahren mit TNW, Teilnahmewettbewerb, Generalübernehmerleistungen, Sanierung u. Erweiterung eines Wohn- u. Geschäftsgebäudes, 76133 Karlsruhe, Kronenstraße 24

Beschreibung: Sanierung und Erweiterung des Wohn- und Geschäftsgebäudes in der Kronenstraße 24, 76133 Karlsruhe Die Baumaßnahme in der Kronenstraße umfasst die Sanierung und Erweiterung eines Wohn- und Geschäftsgebäudes. Das übergeordnete Ziel der Maßnahmen ist die Schaffung und Modernisierung von Wohneinheiten, die energetische Ertüchtigung der Gebäudehülle und Erneuerung der Haustechnischen Anlagen. Im Rahmen der Sanierung werden die größeren Wohneinheiten in kleinere aufgeteilt, ein barrierefreier Zugang zu den Wohnungen wird geschaffen und durch die Aufstockung Wohnraum hinzugewonnen. Die Planung sieht die Umgestaltung des Eingangsbereichs und die Erschließung der Wohneinheiten vor. Der bestehende Laubengang auf der Hofseite (1.-4.OG) wird durch einen neuen, thermisch entkoppelten Laubengang aus Stahlbeton an gleicher Stelle bis ins 6.OG ersetzt. Die Flachdächer werden neu gedämmt, abgedichtet und mit einer PV-Anlage ausgestattet. Generalübernehmerleistungen Das Gebäude Kronenstraße 24 liegt im Sanierungsgebiet Innenstadt Ost und ist Teil des Gebäudeblocks Kaiserstraße-Kronenstraße-Zähringerstraße-Adlerstraße. Der Gebäudeblock liegt in der Fußgängerzone der Innenstadt. Das umzubauende Gebäude ist Teil der geschlossenen Blockrandbebauung um einen zentralen Innenhof. Unterhalb des Innenhofs befindet sich eine Tiefgarage, an die das Gebäude im Untergeschoss angeschlossen ist. Die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Zähringerstraße aus. Die direkten Nachbargebäude Kaiserstraße 97 und Zähringerstraße 72 stehen jeweils ganz oder teilweise unter Denkmalschutz. Die Grundstücksfläche beträgt ca. 673m² und ist mit dem umzubauenden Gebäude vollständig überbaut. Das Gebäude ist nicht gleichmäßig tief und nicht einheitlich hoch: Der "Kopfbau" über Eck Kaiserstr./Kronenstr. ist 7-geschossig. Der "Seitenbau" entlang der Kronenstraße ist bis auf den Technikraum des Aufzuges 6-geschossig. Das Gebäude hat ein innenliegendes zentrales Treppenhaus und einen Aufzug, der bis ins 5. OG führt. Der bestehende Personenaufzug ist im Erdgeschoss nicht barrierefrei zu erreichen. Vom 5. OG (sog. "Dachgeschoss 1") erfolgt die Erschließung

der Wohnung im 6. OG (sog. "Dachgeschoss 2") über einen Laubengang und über eine separate innenliegende Treppe. Im Untergeschoss sind die Kellerabteile und die Technikzentrale untergebracht. Der Zugang hierzu erfolgt über drei Innentreppe und einer Außentreppe bzw. über die Tiefgarage. Die wesentlichen Umbaumaßnahmen sind folgende: - Neue Treppen- und Aufzugsanlage im Bereich Achse 6 bis 10 - Aussteifungswinkel UG bis 5. OG im Bereich Achse 11 bis 12 - Umstrukturierung Eingangsbereich - Konstruktive Maßnahmen zu Gebäudeaussteifung - Erneuerung des Laubengangs - Aufstockung im 6. Obergeschoss - Umbau einer Terrassenfläche im 6. Obergeschoss zu Wohnraum - Verkleinerung der Wohneinheiten, Umgestaltung der Grundrisse - Sanierung der Gebäudehülle (einschl. Asbestsanierung) WDVS + VHF neu - Erneuerung der Haustechnik Wohneinheiten Bestand: 46 WE (leergezogen) Wohneinheiten Planung: 63 WE unterteilt in 55 x 1-Zi.-Wohnungen und 8 x 2-Zi.-Wohnungen 6 Gewerbeeinheiten im Bestand, geplant sind 7 Gewerbeeinheiten Folgende Angaben beziehen sich auf das Gebäude nach den Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen: Wohnfläche nach WoFIV ist ca. 2.320 m² BGF (R+S) ca. 4.835 m². BRI (R+S) ca. 14.000 m³ Genaue Angaben sind dem LV zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: a51f40f6-faa8-400d-9903-90fa5cf2bcfb

Interne Kennung: 30031-1001048-2026

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: PRUEFEN und ERGAENZEN! Der Auftraggeber wird die drei Bewerber zur Abgabe eines Angebots auffordern, die nach den vorstehenden Eignungskriterien die meisten Punkte erhalten haben. Bei Punktgleichstand entscheidet das Los. In der Anlage: G-30g_Anlage_Eignungskriterien Sind die Eignungskriterien und deren Bewertung beschrieben. Weitere Informationen erhalten Sie in der Anlage G-50b_Vergabebedingungen und Informationsunterlage Das Verfahren ist zeitlich vorgesehen wie folgt: Angebotsphase geplant: Verhandlungen geplant: Endangebotsphase geplant: Auftragserteilung geplant:

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45200000 Komplett- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten, 45210000 Bauleistungen im Hochbau, 45211000 Bauarbeiten für Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kronenstraße 24

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76133

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YYEMM3A# Eignung zur Berufsausübung: 1. Auszug aus dem Berufs- bzw. Handelsregister. Der Auszug darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge nicht älter als 3 Monate sein. 2. Eigenerklärung, dass bei dem Bieter bzw. den Mitgliedern der Bietergemeinschaft keine Ausschlussgründe gem. § 6e EU VOB/A vorliegen (Anlage 1 zum Teilnahmeantrag). 3. Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen

nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) (Anlage 9 zum Teilnahmeantrag). 4. Eigenerklärung Russland-Sanktionen nach der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Anlage 10 zum Teilnahmeantrag). 5. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG (Anlage 11 zum Teilnahmeantrag). 6. Ggf. Bewerbergemeinschaftserklärung, aus der sich die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und der bevollmächtigte Vertreter ergeben (Anlage 3 zum Teilnahmeantrag). Bei Bewerbergemeinschaften sind die Angaben und Erklärungen für sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Soweit der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft entsprechend § 6d EU VOB/A (Eignungsleihe) auf Ressourcen von Nachunternehmern zurückgreifen will, sind Anlage 7 zum Teilnahmeantrag und die vorgenannten Angaben und Erklärungen auch vom Dritten/Nachunternehmer vorzulegen. Darüber hinaus ist eine Erklärung des Nachunternehmers vorzulegen, dass er im Fall der Auftragsvergabe an den Bewerber (die Bewerbergemeinschaft) diesem/r zur Verfügung steht (Anlage 8 zum Teilnahmeantrag). Aktueller Nachweis über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3.000.000 EUR je Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (echte /unechte Vermögensschäden) oder Nachweis des Versicherungsgebers über die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung oder Erhöhung der Deckungssummen im Fall der Auftragsvergabe. Versicherungssumme für das Umwelthaftpflichtrisiko und für das Umweltschadenrisiko außerhalb der selbstgenutzten Grundstücke, nicht jedoch am Grundwasser und nicht an vermieteten/verpachteten Grundstücken beträgt mindestens 3.000.000 EUR pauschal für Personen, Sach- und Vermögensfolgeschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres beträgt mindestens das Dreifache (bei VS 3 Mio. EUR) dieser Versicherungssumme. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung (Anlage 4.1 zum Teilnahmeantrag) ausreichend, wonach im Auftragsfall unverzüglich eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Aktueller Nachweis über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3.000.000 EUR je Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (echte /unechte Vermögensschäden) oder Nachweis des Versicherungsgebers über die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung oder Erhöhung der Deckungssummen im Fall der Auftragsvergabe. Versicherungssumme für das Umwelthaftpflichtrisiko und für das Umweltschadenrisiko außerhalb der selbstgenutzten Grundstücke, nicht jedoch am Grundwasser und nicht an vermieteten/verpachteten Grundstücken beträgt mindestens 3.000.000 EUR pauschal für Personen, Sach- und Vermögensfolgeschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres beträgt mindestens das Dreifache (bei VS 3 Mio. EUR) dieser Versicherungssumme

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Volkswohnung GmbH, VOB/A EU Verhandlungsverfahren mit TNW, Teilnahmewettbewerb, Generalübernehmerleistungen, Sanierung u. Erweiterung eines Wohn- u. Geschäftsgebäudes, 76133 Karlsruhe, Kronenstraße 24
Beschreibung: Generalübernehmerleistungen Neubau inklusive Haustechnik durch einen Generalübernehmer inkl. Planung ab Ausführungsplanung Lph 5. Genaue Angaben sind dem LV zu entnehmen. Ausführungsplanung ab 10.11.2026 Gepl. Ausführungsbeginn 08.02.2027 Fertigstellungsfrist 03.11.2028
Interne Kennung: 30031-1001048-2026

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten
Zusätzliche Einstufung (cpv): 45200000 Komplet- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten, 45210000 Bauleistungen im Hochbau, 45211000 Bauarbeiten für Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kronenstraße 24
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76133
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 10/11/2026
Enddatum der Laufzeit: 03/11/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Für die Angebotsausarbeitung erhält jeder Bietende, welcher ein Angebot mit der Ausarbeitung aller nachfolgender Zuschlagskriterien abgibt, 5.000,00 EUR brutto.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: PRUEFEN und ERGAENZEN 2. Angaben zum durchschnittlichen Jahresumsatz, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen, in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren 24.000.000 EUR (Anlage 5 zum Teilnahmeantrag). Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Angaben und Erklärungen für sämtliche Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Soweit der Bewerber oder die Bewerbungsgemeinschaft entsprechend § 6d EU VOB/A (Eignungsleihe) auf Ressourcen von Nachunternehmern zurückgreifen will, sind Anlage 7 zum Teilnahmeantrag und die vorgenannten Angaben und Erklärungen auch vom Dritten/Nachunternehmer vorzulegen. Darüber hinaus ist eine Erklärung des Nachunternehmers vorzulegen, dass er im Fall der Auftragsvergabe an den Bewerber (die Bewerbungsgemeinschaft) diesem/r zur Verfügung steht (Anlage 8 zum Teilnahmeantrag).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2.1. Projektreferenzen Anzahl durchgeführter vergleichbarer Projekte nicht älter als 5 Jahre - Fertigstellungstermin - Projektabnahme, gerechnet ab der Abgabefrist des Teilnahmeantrags. Ausnahme, für die Hauptreferenz 2, hier kann die Anzahl vergleichbarer Projekte nicht älter als 7 Jahre - Fertigstellungstermin - Projektabnahme, gerechnet ab der Abgabefrist des Teilnahmeantrags sein. Für alle Referenzen gilt: Die Referenzen für die Hauptreferenzen 1, 2 sind als GU- oder GÜ- oder Totalunternehmerleistung vom Teilnehmer durchgeführt worden. Hierzu gehören bei den Referenzen 1 und 2 mindestens die Ausführung der Leistungen der Kostengruppen 300 und 400 und jeweils Planungsleistungen mindestens für die Leistungsphasen 5 und 8.

Mindestanforderung: eine Referenz je Haupt-Referenz (eine für Haupt-Referenz 1, eine für Haupt-Referenz 2). Teilnahmeanträge, welche nicht mindestens eine Referenz je Haupt-Referenz vorlegen, werden von der Wertung des Teilnahmeantrags ausgeschlossen. 2.1.1 Haupt-Referenz 1 "Modernisierungsprojekt gemäß den untenstehenden

Bauwerkszuordnungen BGF größer 4.000 m² Diese Referenz darf mit der Referenz, welche für die Hauptreferenz 2 verwendet worden ist, nicht identisch sein. Es gelten Projekte, für die eine oder mehrere der u.g. Bauwerkszuordnungen einschlägig sind: - BWZ 1100

Parlamentsgebäude - BWZ 1200 Gerichtsgebäude - BWZ 1300 Verwaltungsgebäude - BWZ 2000 Wissenschaftliche Lehre und Forschung - BWZ 3000 Gesundheit - BWZ 4000 Bildung und Kultur - BWZ 6000 Wohnen, Beherbergen, Betreuen, Verpflegen Erfüllung 2 Referenzen zu Hauptreferenz 1 = 5 Pkt. Erfüllung 1 Referenz zu Hauptreferenz 1 = 3 Pkt. Wichtung: 10 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 50 (max.) 2.1.2 Haupt- Referenz 2 "Modernisierung eines Wohnungsbauprojektes mit mindestens 40 Wohneinheiten bei der BWZ 6100 oder mindestens 50 Einheiten bei den BWZ 6200, 6410, 1300 und 6610" Diese Referenz darf mit der Referenz, welche für die Hauptreferenz 1 verwendet worden ist, nicht identisch sein. Als Wohnungsbauprojekt gelten Projekte, für die eine oder mehrere der u.g. Bauwerkszuordnungen einschlägig sind: - BWZ 6100 Wohnhäuser außer die Nr. 6110, 6111, 6112 (Hierin inbegriffen sind auch Wohnhäuser mit zusätzlicher Nutzung, wie Praxen, Hotel, Büros, Kita etc. Auch Kombinationen von Büro- und Wohngebäuden oder Stadtquartieren mit einem Wohnanteil von $\geq 50\%$) - BWZ 6200 Wohnheime - BWZ 6410 Hotels - BWZ 1300 Verwaltungsgebäude - BWZ 6610 Studentenhäuser Erfüllung 2 Referenzen zu Hauptreferenz 2 = 10 Pkt. Erfüllung 1 Referenz zu Hauptreferenz 2 = 5 Pkt. Wichtung: 15 Maximale Punkte 10 Bewertung Wichtung x Punkte 150 (max.) 2.2. Zusatzpunkte für zusätzliche Eigenschaften der Referenz: Diese werden nur angerechnet, wenn die Eigenschaft einer Haupt-Referenz erfüllt ist, zu welcher die zusätzliche Referenz-Eigenschaft genannt wird. Die Zusatzpunkte können für jede in den folgenden Punkten explizit angegebene Referenz erlangt werden (damit maximal 2-mal - für zwei Referenzen im Rahmen der Haupt-Referenz 1, damit maximal 2-mal - für zwei Referenzen im Rahmen der Haupt-Referenz 2, damit 2-mal - für zwei Referenzen der Hauptreferenz 3). 2.2.1. Referenz-Eigenschaft mit Investitionsvolumen für KGR 300 bis 400 > 6,0 Mio. EUR brutto für die Hauptreferenz 1 Referenzen mit einem Wert kleiner 6 Mio. EUR erhalten 0 Punkte Referenzen größer 10 Mio. EUR erhalten den Höchstwert von 5 Punkten. Es werden dafür keine zusätzlichen Punkte vergeben. 10 Mio. EUR = 5 Pkt. 8 Mio. EUR = 3 Pkt. 6 Mio. EUR = 1 Pkt. Wichtung: 3 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 15 (max.) Zusatzpunkte 1. Referenz Wichtung: 3 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 15 (max.) Zusatzpunkte 2. Referenz 2.2.2. Referenz-Eigenschaft mit Investitionsvolumen für KGR 300 bis 400 > 5 Mio. EUR brutto für die Hauptreferenz 2 Referenzen mit einem Wert kleiner 5 Mio. EUR erhalten 0 Punkte Referenzen größer 9 Mio. EUR erhalten den Höchstwert von 5 Punkten. Es werden dafür keine zusätzlichen Punkte vergeben. 9 Mio. EUR = 5 Pkt. 7 Mio. EUR = 3 Pkt. 5 Mio. EUR = 1 Pkt. Wichtung: 5 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 25 (max.) Zusatzpunkte 1. Referenz Wichtung: 5 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 25 (max.) Zusatzpunkte 2. Referenz 2.2.3. Referenz-Eigenschaft Modernisierung im bewohnten Zustand bei der Hauptreferenz 2 1 Modernisierung im bewohnten Zustand bei der Hauptreferenz 2 = 5 Pkt. Wichtung: 2 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 10 (max.) Zusatzpunkte 1. Referenz Wichtung: 2 Maximale Punkte 5 Bewertung Wichtung x Punkte 10 (max.) Zusatzpunkte 2. Referenz Höchstwertung der Wirtschaftlichen Eignung: Höchstpunktzahl: 5 Höchste Bewertung Wichtung x Punkte: 50 Höchstwertung der Referenzen 2.1.1 bis 2.1.2 Technische Eignung: Höchstpunktzahl: 15 Höchste Bewertung Wichtung x Punkte: 200 Höchstwertung Zusatzpunkte aus 2.2.1 bis 2.2.2 zu wertbaren Referenzen je Referenz: Höchstpunktzahl: 30 Höchste Bewertung Wichtung x Punkte: 80 Höchstwertung Zusatzpunkte aus 2.2.3 zu wertbaren Referenzen je Referenz der Hauptreferenz 2: Höchstpunktzahl: 10 Höchste Bewertung Wichtung x Punkte: 20 Gesamthöchstwertung aus 1. und 2. gesamt: Höchstpunktzahl: 60 Höchste Bewertung Wichtung x Punkte: 350 Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen Rangfolge: 1,00

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Auszug aus dem Berufs- bzw. Handelsregister. Der Auszug darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge nicht älter als 3 Monate sein. 2. Eigenerklärung, dass bei dem Bieter bzw. den Mitgliedern der Bietergemeinschaft keine Ausschlussgründe gem. § 6e EU VOB/A vorliegen (Anlage 1 zum Teilnahmeantrag). 3. Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) (Anlage 9 zum Teilnahmeantrag). 4. Eigenerklärung Russland-Sanktionen nach der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Anlage 10 zum Teilnahmeantrag). 5. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG (Anlage 11 zum Teilnahmeantrag). 6. Ggf. Bewerbergemeinschaftserklärung, aus der sich die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und der bevollmächtigte Vertreter ergeben (Anlage 3 zum Teilnahmeantrag). Bei Bewerbergemeinschaften sind die Angaben und Erklärungen für sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Soweit der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft entsprechend § 6d EU VOB/A (Eignungsleihe) auf Ressourcen von Nachunternehmern zurückgreifen will, sind Anlage 7 zum Teilnahmeantrag und die vorgenannten Angaben und Erklärungen auch vom Dritten/Nachunternehmer vorzulegen. Darüber hinaus ist eine Erklärung des Nachunternehmers vorzulegen, dass er im Fall der Auftragsvergabe an den Bewerber (die Bewerbergemeinschaft) diesem/r zur Verfügung steht (Anlage 8 zum Teilnahmeantrag).

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Aktueller Nachweis über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3.000.000 EUR je Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (echte /unechte Vermögensschäden) oder Nachweis des Versicherungsgebers über die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung oder Erhöhung der Deckungssummen im Fall der Auftragsvergabe. Versicherungssumme für das Umwelthaftpflichtrisiko und für das Umweltschadenrisiko außerhalb der selbstgenutzten Grundstücke, nicht jedoch am Grundwasser und nicht an vermieteten/verpachteten Grundstücken beträgt mindestens 3.000.000 EUR pauschal für Personen, Sach- und Vermögensfolgeschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres beträgt mindestens das Dreifache (bei VS 3 Mio. EUR) dieser Versicherungssumme. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung (Anlage 4.1 zum Teilnahmeantrag) ausreichend, wonach im Auftragsfall unverzüglich eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Aktueller Nachweis über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3.000.000 EUR je Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (echte /unechte Vermögensschäden) oder Nachweis des Versicherungsgebers über die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung oder Erhöhung der Deckungssummen im Fall der Auftragsvergabe. Versicherungssumme für das Umwelthaftpflichtrisiko und für das Umweltschadenrisiko außerhalb der selbstgenutzten Grundstücke, nicht jedoch am Grundwasser und nicht an vermieteten/verpachteten Grundstücken beträgt mindestens 3.000.000 EUR pauschal für Personen, Sach- und Vermögensfolgeschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres beträgt mindestens das Dreifache (bei VS 3 Mio. EUR) dieser Versicherungssumme

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: wird ergänzt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept

Beschreibung: wird ergänzt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Terminplan

Beschreibung: wird ergänzt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYEMM3A/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Kommunikation ausschließlich über diese Vergabeplattform in diesem "Projekt"

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYEMM3A>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 08/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYEMM3A>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 22/04/2026 10:50:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gilt § 16a EU Nachforderung von Unterlagen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden. Eine wirksame Zuschlagserteilung ist nach § 134 Abs. 1, 2 GWB erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses in Textform informiert hat und seit der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der genannten Frist des Schlusstermins für den Eingang der Angebote, gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Volkswohnung GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Volkswohnung GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Volkswohnung GmbH

Registrierungsnummer: 35009/02697

Postanschrift: Ettlinger-Tor-Platz 2

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
Kontaktperson: vergabe@volkswohnung.de
E-Mail: vergabe@volkswohnung.de
Telefon: +49 7213506-0
Fax: +49 7213506-199
Internetadresse: <http://www.volkswohnung.de>
Profil des Erwerbers: <http://www.dtv.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: DE811469974

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9443f48b-660f-4c45-8f77-d1d704f66294 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/03/2026 18:56:55 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 204126-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 59/2026
Datum der Veröffentlichung: 25/03/2026